

18

BUNDESGERICHTSHOF

IX 28 67/61

B E S C H L U S S

in der Entschädigungsache

Jakob W [REDACTED],
G [REDACTED] Straße [REDACTED], B [REDACTED] ([REDACTED]),

Kläger und Beschwerdeführer,

- Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt [REDACTED], [REDACTED] -

g e g e n

Land B e r l i n ,
vertreten durch den Senator für Inneres,
F [REDACTED] Str. [REDACTED], B [REDACTED],

Beklagten und Beschwerdegegner

Zin die Zulassung der Revision rechtfertigender Grund (§ 219 Abs. 2 StGG) ist nicht gegeben.

Der Kläger bestreitet mit der Beschwerde, daß er sich ab 1941 in Strafnhaft befand, wie das Berufungsgericht angenommen hat. Die Verordnung vom 11. Juni 1940 (RGBl I S. 877) hinderte an der Rechtsnatur der Freiheitsentziehung nichts, sondern regelte die Strafzeitberechnung und die Art des Vollzugs in besonderer Weise. Die Anwendung des § 31 Abs. 2 StGG auf Freiheitsentziehungen durch Strafnhaft aber schließt an eindeutigen Wortlaut der §§ 42 Abs. 2 StGG, 1 6. DV-BGG (BGH RM 1971, 449). Das ist nicht willkürlich. Die Unterschiede zwischen Straf- und Konzentrationslagerhaft liegen auf der Hand. Aus der Aufnahme anderer Lager in das Haftstättenverzeichnis der 6. DV-BGG kann der Kläger nichts für sich herleiten.

Mit seinen weiteren Einwendungen gegen das Berufungs-
urteil entfernt sich der Beschwerdeführer von dessen tat-
sächlichen Feststellungen, die das Revisionsgericht binden.
Sie verneinen die Zulassung der Revision nicht zu begründen.

Ma1

Dr. Jähne



JLaw – Gesetze und Urteile
Kostenlos
Über 200 Gesetze
Über 100.000 Urteile
(mobile App)

